

## Offene Fragen der Geschichte Band 3

### Chronik von 1800 bis 1899

Napoleons Gewaltherrschaft,  
Wiener Kongreß,  
Kapitalismus,  
Kommunismus,  
Darwinismus,  
Nationalismus,  
Preußisch-Österreichischer Krieg von 1866,  
Deutsch-Französischer Krieg von 1870/71,  
Gründung des Deutschen Reiches,  
Imperialismus ...

### Band 3/022

### Chronik von 1877 bis 1878

1877

Deutsches Reich: Der deutsche Unternehmer Alfred Krupp erklärt im Jahre 1877 während einer Versammlung der Betriebsangehörigen (x176/183): >>... Genießet, was Euch beschieden ist. Nach getaner Arbeit verbleibt im Kreis der Eurigen, bei den Eltern, bei der Frau und den Kindern, und sinnt über Haushalt und Erziehung. Das sei Eure Politik, dabei werdet ihr frohe Stunden erleben.

Aber für die große Landespolitik erspart Euch die Aufregung. Höhere Politik treiben erfordert mehr freie Zeit und Einblick in die Verhältnisse, als dem Arbeiter verliehen ist.

Ihr tut Eure Schuldigkeit, wenn Ihr durch Vertrauenspersonen empfohlene Leute wählt. Ihr erreicht aber nichts als Schaden, wenn Ihr eingreifen wollt in das Ruder der gesetzlichen Ordnung. Das Politisieren in der Kneipe ist nebenbei sehr teuer, dafür kann man im Hause Besseres haben. ...<<

In der Fabrikordnung einer mechanischen Baumwollspinnerei heißt es damals (x058/257-259): >>... § 6. Jeder Arbeiter ist für die ihm anvertrauten Gegenstände persönlich verantwortlich. Wenn er dieselben bei Nachfragen nicht gleich vorweisen kann, werden sie auf seine Kosten durch neue ersetzt.

§ 7. Wenn in einem Arbeitssaal, wo alle Arbeiter zugegen sind, ein Gegenstand beschädigt wird, und der Täter wegen Verhehlung nicht auszumitteln ist, so sind die Arbeiter des ganzen Saales bis zur Nachweisung des Täters für den Schaden haftbar.

§ 8. Ein friedliches Betragen wird den Arbeitern zur strengen Pflicht gemacht. Wer sich Streitigkeiten, Beschimpfungen und Tätlichkeiten zu Schulden kommen läßt, unterwirft sich der Strafe, welche der Fabrikaufseher oder der Inhaber gegen ihn erkennen wird.

§ 9. Ferner werden bestraft:

- 1) Unerbietiges Betragen gegen die Aufseher.
- 2) Verhehlung von Untreue.
- 3) Eigenmächtige Abänderung an den Maschinen, der Beleuchtung, Heizung und Werkzeugen.
- 4) Verspätung und Versäumnisse, besonders der Unfug des blauen Montags und das Herbeiholen von Speise und Trank.

6) Unvorsichtigkeit mit Feuer und Licht.

7) Das Tabakrauchen.

8) Lärm machen auf dem Weg zu und von der Fabrik.

9) Beschädigung an Häusern, Gärten, Bäumen, Zäunen, Brunnen und dergleichen. ...

§ 15. Jedem Arbeiter wird gleich von Anfang sechs Tage oder ein vollständiger Wochenlohn als Decombe (Verrechnung bzw. Abzug vom Lohn) zurückbehalten und bei Lohnerhöhung vervollständigt. ...

§ 17. Der Arbeiter, welcher seinen Dienst in der Fabrik aufgeben will, ist verpflichtet, seinen Austritt sechs Wochen vorher, und zwar an einem je nach zwei Wochen eintretenden Zahltag, den Fabrikhabern oder Aufseher anzuzeigen; bei Kindern wird die Aufkündigung nur von den Eltern oder Versorgern angenommen.

§ 18. Diese sechswöchige Aufkündigung wird auch von den Fabrikhabern gegen jeden Arbeiter beachtet werden, wo keine besonderen Klagen vorhanden sind. ...

§ 22. Die Fabrikbesitzer sind jedoch zur augenblicklichen Entlassung des Arbeiters ohne Vergütung von Lohn und Decombe berechtigt, wenn dieser das eine oder andere der nachstehenden Vergehen sich zu schulden kommen läßt.

1) Diebstahl oder Untreue.

2) Prügelei, Unzucht oder Betrunktheit im Fabrikgebäude.

3) Komplotte oder Auflehnung gegen die Fabrikordnung,

4) Beschimpfung der Aufseher.

5) Tätliche Widersetzlichkeit.

6) Weigerung der Übernahme einer ordentlichen Arbeit in der Fabrik.

7) Eigenmächtiges Verlassen der Arbeit.

8) Wiederholte Nachlässigkeit in Erfüllung seines Geschäftes.

9) Beharrlicher Ungehorsam.

10) Absichtliche oder bedeutende Verletzung des anvertrauten Arbeitsgerätes oder Arbeitsstoffes.<<

**Rußland:** Infolge der äußerst brutalen türkischen Unterdrückungsmaßnahmen in der Herzegowina (1875) und in Bulgarien (1876) greift Rußland direkt ein (angeblich um die Balkan-Christen zu befreien) und beginnt im Jahre 1877 den russisch-türkischen Krieg.

Die wichtigsten russischen Expansionsziele sind: Beherrschung des Mittleren Ostens, des Balkans und der Meerengen, Eroberung von eisfreien Häfen und Zugang zu den Weltmeeren (einschließlich Mittelmeer) sowie Befreiung der griechisch-orthodoxen Christen.

Ab 1877 beginnt in Rußland die Industrialisierung.

**Rumänien:** Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Rumäniens von 1877-1888 (x814/30-31): >>(Rumänien) ... Die Bemühungen, das Land sittlich, geistig und materiell zu heben, der Korruption in den höheren Schichten, dem Stumpfsinn und der rohen Borniertheit des niederen Volkes zu steuern, erlitten eine nachteilige Unterbrechung durch den russisch-türkischen Krieg 1877, durch welchen Rumänien, wo man die panslawistischen Hetzereien Rußlands mit Mißtrauen beobachtet hatte, in eine mißliche Zwangslage geriet; nur einige chauvinistische Kreise ergriffen mit Begier die Gelegenheit, das ersehnte "großrumänische Reich" (mit Siebenbürgen etc.) gründen zu wollen.

Da weder in dem Pariser Vertrag die Neutralität des rumänischen Territoriums ausdrücklich bestimmt war, noch die letzte Konferenz der Mächte in Konstantinopel, trotz dringendsten Ersuchens von seiten Rumäniens, diese Neutralität aussprechen wollte, so sah sich Rumänien veranlaßt, angesichts der russischen Invasion vom 16. April 1877 mit Rußland ein Bündnis abzuschließen, wofür Rußland auf eine Ablösung der Ansprüche russischer Klöster auf rumänische Güter einging. Die russischen Heere, welche am 24. April den Pruth überschritten hatten, besetzten bald alle Hafenstädte, während die rumänischen Truppen sich in der Kleinen

Walachei zusammenzogen.

Gegen den Willen Rußlands proklamierten die Kammern am 21. Mai die völlige Unabhängigkeit Rumäniens und verfügten die Einstellung der Tributzahlung. Die rumänischen Truppen blieben einstweilen auf dem linken Donauufer, da Rußland in hochmütiger Siegesgewißheit ihre aktive Teilnahme am Krieg als besondere Armee verschmähete.

Nach den Niederlagen im August jedoch wurde ihre Hilfe in Anspruch genommen, drei rumänische Divisionen (35.000 Mann mit 108 Geschützen) vereinigten sich mit einem russischen Korps in Bulgarien unter dem Oberbefehl des Fürsten und nahmen am 11. und 12. September an dem nur teilweise erfolgreichen Sturm auf Plewna mit Auszeichnung teil, so daß sie den Bemühungen des Fürsten um ihre Organisation und Ausbildung ein glänzendes Zeugnis gaben.

Am 19. Oktober unternahmen die Rumänen einen Sturm ... bei Plewna, der jedoch unter empfindlichen Verlusten abgeschlagen wurde. An der ... Einnahme Plewnas (10. Dezember) hatten die Rumänen entscheidenden Anteil, und Osman Pascha ergab sich ihnen, wurde aber den Russen ausgeliefert. Hierauf belagerten und eroberten die Rumänen Widdin.

Dennoch mußte Rumänien bald den Undank des übermächtigen Alliierten erfahren. Zu den Verhandlungen über den Frieden von San Stefano wurde es gar nicht zugezogen. Rußland erwirkte zwar von der Pforte die Anerkennung der rumänischen Unabhängigkeit, forderte nun aber die Rückgabe des 1856 an die Moldau abgetretenen Bessarabien gegen die viel wertlosere Dobrudscha.

Vergebens wendete sich Rumänien an den Berliner Kongreß; dieser machte sogar die Aufhebung aller Beschränkungen der Juden zur Bedingung der Anerkennung der Souveränität. Die rumänischen Kammern mußten am 12. Oktober 1878 die Abtretung Bessarabiens genehmigen, worauf dieses geräumt und am 25. November die Dobrudscha okkupiert wurde.

Da die von den Mächten geforderte Gleichstellung der Juden eine Verfassungsänderung notwendig machte, so mußten 1879 besondere Revisionskammern gewählt werden. Diese sträubten sich lange gegen die Judenemanzipation, da sie die Existenz des Bauernstandes in der Moldau, wo die in Religion, Sprache und Sitten durchaus fremden Juden besonders zahlreich waren, zu gefährden drohte.

Als jedoch ein Versuch der Regierung, bei den Mächten eine Milderung zu erlangen, erfolglos blieb, so wurde im Oktober 1879 das Gesetz angenommen, welches jeden Unterschied der Religion hinsichtlich der bürgerlichen Rechte aufhob ... Hierauf erfolgte die Anerkennung der Souveränität Rumäniens durch die Mächte.

Die Unabhängigkeit des Landes wurde ferner gefördert durch den Ankauf der Eisenbahnen und die Auflösung der rumänischen Eisenbahnaktiengesellschaft. Das Tabakmonopol wurde in Staatsregie übernommen, eine Nationalbank sowie Bodenkreditanstalten gegründet. Das Gleichgewicht der Ausgaben und Einnahmen im Staatshaushalt wurde hergestellt und der Staatskredit dadurch außerordentlich gehoben.

Die Territorialarmee wurde reorganisiert und endlich, da die Ehe des Fürsten kinderlos war, ein Thronfolgesetz beschlossen, welches einen Neffen des Fürsten, Prinz Ferdinand von Hohenzollern, zum Nachfolger bestimmte. Nachdem auf diese Weise der Staat befestigt und in seinem Ansehen erhöht worden (war), proklamierten die Kammern am 26. März 1881 Rumänien als Königreich.

Fürst Karl wurde am 10. Mai, 15 Jahre nachdem er die Regierung übernommen, in Bukarest feierlich zum König gekrönt. ...

Das Ministerium Bratianu, das einer gemäßigt liberalen Richtung huldigte, aber ehrlich und eifrig tätig war, behauptete sich mit einer kurzen Unterbrechung (1881) während dieser ganzen Zeit im Besitz der Regierungsgewalt und verstand es, Gesetzlichkeit, Ordnung, Volksbildung und Wohlstand in Rumänien immer mehr zu heben.

Von den orientalischen Wirren hielt sich Rumänien fern. In seiner äußeren Politik schloß es sich vielmehr Österreich-Ungarn und Deutschland an und hielt auch trotz mancher Differenzen mit ersterer Macht in der Donaufrage und in Handelsangelegenheiten an diesem Bündnis fest.

Deswegen wurde das Ministerium Bratianu von der sog. konservativen Partei (den Bojaren), welche mit panslawistischen Wählern aus Rußland in Verbindung stand, aufs heftigste angegriffen, doch lange ohne Erfolg, da bei allen Wahlen das Volk fast ausschließlich Anhänger der Regierung wählte, obwohl eine neue Verfassungsrevision die alten Wahlkollegien beseitigt, das Wahlrecht beträchtlich erweitert und den Einfluß der Regierung auf die Wahlen geschwächt hatte.

Erst am 13. April 1888 nahm Bratianu infolge von Straßenkrawallen in Bukarest und Bauernaufständen seine Entlassung, zumal es seiner Partei, den Nationalliberalen, an Einigkeit fehlte und der Kriegsminister Angelescu der eindringenden Korruption nicht energisch entgegentrat, ja sich sogar an ihr beteiligte. ...<<

**Großbritannien:** Cecil Rhodes (1853-1902, späterer Ministerpräsident der englischen Kolonie) erläutert im Jahre 1877 einige Ziele der britischen Kolonialpolitik (x073/1, x056/-302): >>Ich behaupte, daß wir die erste Rasse in der Welt sind und daß es für die Menschheit um so besser ist, je größere Teile der Welt wir bewohnen. Ich behaupte, daß jedes Stück Land, das unserem Gebiet hinzugefügt wird, die Geburt von mehr Angehörigen der englischen Rasse bedeutet, die sonst nicht ins Dasein gerufen worden wären. Darüber hinaus bedeutet es einfach das Ende aller Kriege, wenn der größere Teil der Welt in unserer Herrschaft aufgeht. ...<<

>>... Da (Gott) offenkundig die englischsprechende Rasse zu seinem auserwählten Werkzeug formt, durch welches er einen Zustand der Gesellschaft hervorbringen will, der auf Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden gegründet ist, muß er offensichtlich wünschen, daß ich tue, was ich kann, um jener Rasse so viel Spielraum und Macht wie möglich zu geben.

Daher, wenn es einen Gott gibt, denke ich, er möchte gern von mir, daß ich so viel von der Karte von Afrika britisch rot anmale als möglich und anderswo tue, was ich kann, um die Einheit zu fördern und den Einfluß der englisch sprechenden Rasse auszudehnen.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über den britischen Imperialismus und die Kolonialpolitik (x057/173-174): >>Alle Teile des Weltreiches sollten zusammengefaßt werden zu einem Reichsverein, der durch eine Kriegsflotte zu schützen sei, die mindestens so stark sein sollte, wie die Flotten der beiden nächstfolgenden Mächte zusammen (two power standard). ...

Der wichtigste Kolonialbesitz Englands war nach wie vor Indien. Im Jahr 1877 hatte die Königin Victoria den Titel einer Kaiserin von Indien angenommen. In den folgenden Jahren wurde der Besitz erheblich erweitert, so daß England schließlich ein indisches Reich von rund 5 Millionen Quadratkilometern beherrschte. Um seinen indischen Besitz zu sichern, faßte England den kühnen Plan, möglichst die gesamten Randländer des Indischen Ozeans in seine Hand zu bringen.

Der Bau des Suez-Kanals (1869) hatte den Weg nach Indien beträchtlich abgekürzt. England kaufte den ägyptischen Teil der Aktien und besetzte ganz Ägypten (1882). Zur weiteren Sicherung des Weges nach Indien wurde (nach Gibraltar, Malta und Aden) auch Zypern in Besitz genommen (1878).

Nun galt es, ein großes Nord-Südreich in Afrika ("Vom Kap bis zum Nil") zu errichten. An diesem Plan arbeitete unermüdlich Cecil Rhodes, der durch die Entdeckung reicher Diamantenfelder großen Reichtum erwarb und diesen in den Dienst der englischen Machtausdehnung stellte. Er eroberte große Teile Südafrikas, die zur Kolonie Rhodesia zusammengefaßt wurden. Die Engländer vervollständigten die Arbeit Rhodes, der Premierminister in Kapland ge-

worden war, durch den Burenkrieg (1899-1902).

Schließlich wurde ganz Südafrika englisch und zur südafrikanischen Union zusammengeschlossen. Das eigentliche Ziel eines britischen Afrikas und seiner Verbindung mit Indien zu einem gewaltigen afrikanisch-asiatischen Reich blieb eine Aufgabe der Zukunft. Der weiteren Ausdehnung in Afrika standen Frankreich und Deutschland im Wege.

Die australischen Kolonien hatten sich zu einem Commonwealth vereinigt (1900). In Amerika besaß England Kanada und Neufundland. Außerdem hatte es zahlreiche Stützpunkte im Atlantischen und Stillen Ozean.

Das englische Kolonialreich umfaßte bei einem Gesamtflächeninhalt von etwa 30 Millionen Quadratkilometern mit rund 375 Millionen Einwohnern ein Fünftel der gesamten Erdoberfläche.

Es war wichtig für Englands Ernährung (Fleisch aus Australien, Getreide aus Kanada, Tee von Ceylon), für den Rohstoffbedarf (Wolle aus Australien und Afrika, Baumwolle aus Asien und Afrika), als Absatzgebiet seines Handels, ferner für die Anlagen seiner Kapitalien und als Sicherung seiner Seeherrschaft (Flottenstützpunkte, Kohlenstationen, Kabelstationen).

Die Grundlage der Weltmachtpolitik des Britischen Weltreiches beruhte auf seiner Stellung als erste See- und Kolonialmacht, auf seiner Vorherrschaft in Industrie und Handel und auf der Missionsidee des Angelsachsentums.<<

**USA:** Im Jahre 1877 läßt die US-Regierung die letzten Besatzungstruppen aus den Südstaaten abziehen (x058/189).

Als der Nez Perce-Stamm 1877 gewaltsam in Reservationen "umgesiedelt" werden soll, verlassen die etwa 250 Krieger, 450 Frauen und Kinder heimlich ihre Heimat im Nordosten Oregons und flüchten mit ihrem gesamten Hab und Gut in Richtung Kanada. Mit Hunderten von Appaloosas (gefleckte, äußerst robuste, ausdauernde und wendige Pferde) und Rindern kann sich der gehetzte Stamm zunächst in fast unwegsamen Gebirgsgebieten verbergen.

Nachdem die Nez Perce in fast 4 Monaten über 1.300 Meilen zurückgelegt haben und nur noch etwa 50 km von der kanadischen Grenze entfernt sind, werden sie am 29. September 1877 völlig überraschend von mehreren US-Einheiten umzingelt und während eines Schneesturms angegriffen. Obwohl die Übermacht erdrückend ist, verteidigen sich die Nez Perce länger als 5 Tage. Erst als fast alle Krieger gefallen sind, kapituliert Häuptling Chief Joseph (1840-1904).

Der einst stolze und mächtige Häuptling Chief Joseph ("Ich beanspruche nur das Recht, auf meinem Land zu leben") ist danach ein gebrochener Mann (x056/127, x181/2.38): >>...

Ich habe nie gesagt, daß das Land mir gehört und daß ich damit tun könne, was mir beliebt. Nur der kann über das Land verfügen, der das Land geschaffen hat. Ich beanspruche nur das Recht, auf meinem Land zu leben, und euch gestehe ich das Recht zu, auf euerm Land zu leben. ...

Ich habe einige der großen weißen Häuptlinge gefragt, woher sie das Recht haben, dem Indianer zu sagen, er müsse sich an einem bestimmten Platz aufhalten, während er die weißen Männer hingehen sieht, wo es ihnen gefällt. Sie können mir keine Antwort geben. ...<<

>>... Ich bin des Kämpfens müde. Unsere Häuptlinge sind gefallen. ... Keiner der alten Männer ist mehr am Leben. Jetzt sind es die jungen, die ja oder nein sagen müssen. ...

Es ist kalt und wir haben keine Decken. Die kleinen Kinder erfrieren. Ein paar von meinen Leuten sind in die Berge geflohen, sie haben keine Decken und nichts zu essen. Niemand weiß, wo sie sind, vielleicht erfrieren sie. Ich möchte meine Kinder suchen und sehen, wie viele von ihnen ich finden kann. Vielleicht werde ich sie unter den Toten finden.

Hört mich an, meine Häuptlinge. Ich bin müde, mein Herz ist krank und traurig. Seht, wo die Sonne jetzt steht - von nun an werde ich nie wieder kämpfen. ...<<

**1878**

**Deutsches Reich:** Der Berliner Kongreß vom 13. Juni bis zum 13. Juli 1878 wendet einen

drohenden Krieg zwischen den westeuropäischen Großmächten und Rußland ab.

Nach harten Auseinandersetzungen scheidet Bismarck schließlich an der geschlossenen, unerschütterlichen Front der Zentrumsparlei (politische Vertretung der Katholiken, 1870 gegründet) sowie der katholischen Bevölkerung und bricht den "Kulturkampf" im Jahre 1878 ab. Bismarck einigt sich zwar mit dem neuen Papst Leo XIII. (Papst von 1878-1903, ein bedeutender katholischer Kirchenführer, der für die soziale Gerechtigkeit kämpft und für ungeklärte Arbeiterfragen eintritt), den sog. "Kulturkampf" zu beenden, aber wesentliche Gesetze und grundsätzliche Verbote, wie z.B. zivile Standesämter, die staatliche Schulaufsicht, der sog. "Kanzelparagraph" (bis 1953) und der Ausschluß der Jesuiten (bis 1917) bleiben unverändert bestehen (x089/294).

Als im Mai und im Juni 1878 Mordanschläge auf den deutschen Kaiser verübt werden, die der Monarch nur durch glückliche Umstände schwerverletzt überlebt, vermutet Bismarck die Täter sofort unter den Kommunisten bzw. Sozialisten.

Am 5. Juni 1878 prüft der Kronrat, welche Entscheidungen zu fällen sind, um einen drohenden Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung zu verhindern (x056/269):  
>>... (Der Kronprinz fragte), worin die allseitig anerkannte Gefahr ... zu erblicken sei.

(Der Innenminister: er sehe) diese Gefahr in der abnehmenden Achtung vor der Autorität; in der Familie, in der Gemeinde, im Staate, überall trete Opposition nicht als berechtigte Kritik, sondern als Auflehnung gegen menschliches und göttliches Gesetz, unter der Verhöhnung der Religion auf.

(Der Kronprinz:) ... ob eine Verschwörung anzunehmen sei, der man ... entgegentreten könne.

(Der Minister:) ... eine Verschwörung der durch Verhängung des Kriegszustandes ... entgegentreten sei, bestehe nicht, wohl aber ein Komplott ... bei den ... Attentaten ... (Er) glaube, daß es an Mitwissern hierbei nicht fehle.

(Der Kronprinz:) ... eine Gefahr für den Staat (sei also) vorhanden, die Verhängung des Kriegszustands jedoch nicht zu empfehlen. ... (Was sei zu tun?)

(Der Ministerpräsident:) es sei gegen die Sozialdemokratie, ohne die übrigen Parteien sich zu verfeinden, ein Vernichtungskrieg zu führen durch Gesetzesvorlagen, welche die sozialdemokratischen Vereine, Versammlungen, die Presse, die Freizügigkeit (durch die Möglichkeit von Ausweisung und Internierung), vielleicht den Waffenbesitz und das Waffentragen träfen. (Es sei die Frage), ob diese Entwürfe noch dem jetzigen Reichstage vorzulegen, oder ob unter dem Eindruck der neuesten Ereignisse derselbe aufzulösen und zu Neuwahlen zu schreiten sei. ... Der letztere Weg (sei) der allein richtige. ... (Von) einer neugewählten Versammlung sei ... (der Beschluß eines "Sozialistengesetzes" eher zu erwarten).<<

Der deutsche Historiker Heinrich von Treitschke schreibt im Jahre 1878 in seinem Buch "Der Sozialismus und der Meuchelmord" (x239/96): >>... Die Sozialdemokratie bildet einen Staat im Staate. Es wird höchste Zeit, daß der Staat für längere Zeit die Vereine der Sozialdemokratie schließt, ihre Zeitungen verbietet, ihre Agenten aus den großen Mittelpunkten der Arbeiterbewegung ausweist.

Diese Menschen trotzen auf die Gewalt der Fäuste, und sie verstehen nur die Sprache der Gewalt. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Theodor Fontane schreibt am 5. Juni 1878 an seine Frau (x233/-111): >>Du fragst, wie man früher solcher Bewegungen (wie die der Arbeiter) Herr geworden ist? Darauf ist nicht direkt zu antworten; denn solche Bewegungen hat es früher nicht gegeben.

Wie war es früher? Ein Tunichtgut verführte entweder große, harmlose Volksmassen, oder er stellte sich an die Spitze bereits vorhandener Unzufriedener.

Im ersten Falle fing man den Anführer, hängte ihn und alles war vorbei. Im letzteren Fall geschah zunächst dasselbe, aber kleine berechnete Forderungen (Bier- und Brotsteuern herun-

tergesetzt, und ähnliche Lappalien) mußten erfüllt werden. Das alles war Kinderspiel; man befand sich einer stupiden Menge gegenüber.

Das ist jetzt anders. Millionen von Arbeitern sind gerade so gescheit, so gebildet, so ehrenhaft wie Adel und Bürgerstand; vielfach sind sie ihnen überlegen, ... und deshalb ist ihnen weder der Beweis zu führen, "daß es mit ihnen nichts sei", noch ist ihnen mit der Waffe in der Hand beizukommen.

Sie vertreten nicht bloß Unordnung und Aufstand, sie vertreten auch Ideen, ... die zum Teil ihre Berechtigung haben und die man nicht totschiessen oder durch Einkerkierung aus der Welt schaffen kann. – Vorläufig ist übrigens noch keine Gefahr. ...<<

Reichskanzler Bismarck schreibt am 12. August 1878 an den bayerischen König Ludwig II. (x272/82-83): >>... Das Anwachsen der demokratischen Partei, die jährliche Vermehrung der bedrohlichen Räuberbande, mit der wir gemeinsam unsere größeren Städte bewohnen, die Versagung der Unterstützung gegen diese Gefahr von Seiten der Mehrheit des Reichstages drängt schließlich den deutschen Fürsten, ihren Regierungen und allen Anhängern der staatlichen Ordnung eine Solidarität der Notwehr auf, welche die Demagogie der Redner und der Presse nicht gewachsen sein wird.

Der Zweck des Deutschen Reiches ist der Rechtsschutz; die parlamentarische Tätigkeit ist bei Stiftung des bestehenden Bundes der Fürsten und Städte als ein Mittel zur Erreichung des Bundeszweckes, aber nicht als Selbstzweck aufgefaßt worden. ...<<

Der Abgeordnete August Bebel erklärt während seiner Reichstagsrede am 17. September 1878 zu den umstrittenen "Sozialistengesetzen" (x239/156): >>Wenn es nicht mehr gestattet wird, unsere eigene gesamte Literatur zu verbreiten, so werden wir selbstverständlich wissen, uns die einschlägige nicht verbotene in- und ausländische Literatur in passender Weise zugänglich zu machen. Sie mögen da machen, was Sie wollen. ...

Dabei haben wir ... die Gewißheit, daß die Neugierde schon allein bewirken wird, daß diese sogenannten staatsgefährlichen Broschüren und Schriften massenhaft gelesen werden. ...

Meine Herren ... Sie können uns gar nicht besser nützen als durch Annahme des Gesetzes, denn Tausende und aber Tausende, die heute noch keine Sozialdemokraten sind, werden es dann sicher werden. Wir sind in wenigen Jahren stärker als je zuvor. ...<<

Reichskanzler Bismarck beantwortet während seiner Reichstagsrede am 17. September 1878 eine Frage des Arbeiterführers Bebel (x259/278): >>... Ich komme zu der Frage zurück, wann und warum ich meine Bemühungen um soziale Verhältnisse aufgegeben habe. Es stammt dies von dem Augenblick her, wo im versammelten Reichstag der Abgeordnete Bebel oder Liebknecht die französische Kommune als Vorbild politischer Einrichtungen hinstellte und sich selbst offen vor dem Volke zu dem Evangelium dieser Mörder und Mordbrenner bekannte. Von diesem Augenblick an habe ich in den sozialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt. ...<<

Bismarck begründet während einer Reichstagsrede vom 9. Oktober 1878 die Notwendigkeit des umstrittenen "Sozialistengesetzes" (x056/269-270, x237/195): >>... Die (sozialdemokratischen Organisationen haben) den Charakter einer feindlichen Armee ... in unserer Mitte, ... die ... über den Eigentümer, den Kapitalisten, der ... etwas anlegen will, Gericht halten (möchte), um ihm das wohlverworbene Eigentum zu entziehen oder zu beschränken. ...

Solange die sozialistischen Bestrebungen diese bedrohliche (Form) haben wie jetzt, wird aus Furcht vor der weiteren Entwicklung das Vertrauen und der Glaube im Innern nicht wiederkehren, und deshalb wird die Arbeitslosigkeit auch so lange, wie die Sozialdemokratie uns bedroht, ... anhalten. ...<<

>>... Ich habe bestimmte, positive, praktische Ziele, nach denen ich strebe, zu denen mir mitunter die Linke, mitunter die Rechte geholfen hat. ... Ich gehe mit dem, der mit den Staats- und Landesinteressen nach meiner Überzeugung geht; die Fraktion, der er angehört, ist mir

vollständig gleichgültig. ...<<

Am 21. Oktober 1878 wird das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie (sogenanntes "Sozialistengesetz") erlassen (x263/154-155):

>>§ 1 Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten. ...

§ 11 Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in ... gefährdende Weise zu Tage treten, sind zu verbieten. ...<<

Der sozialdemokratische Führer August Bebel berichtet später über die Folgen des Sozialistengesetzes (x056/270): >>Sobald das Gesetz verkündet und in Kraft getreten war, fielen die Schläge hageldicht. Binnen weniger Tage war die gesamte Parteipresse mit Ausnahme des "Offenbacher Tageblatts" und der "Fränkischen Tagespost" in Nürnberg unterdrückt.

Das gleiche Schicksal teilte die Gewerkschaftspresse mit Ausnahme des Organs des Buchdruckerverbandes, des "Korrespondenten". ... Ebenso verfielen der Auflösung die zahlreichen lokalen sozialdemokratischen Arbeitervereine, nicht minder die Bildungs-, Gesangs- und Turnvereine, an deren Spitze Sozialdemokraten standen.

Da die gleichen Maßnahmen wie in Berlin und Leipzig fast überall gegen uns getroffen wurden, hatten wir im Lauf von wenigen Monaten für Hunderte von Existenzen und deren Familien zu sorgen. ...

Die Unterbringung der Ausgewiesenen in eine Arbeitsstellung wurde uns sehr schwer gemacht. Die wirtschaftliche Krise befand sich noch auf voller Höhe. ... War es einem Ausgewiesenen geglückt, eine Stelle zu erhalten, flugs erschien die Polizei und denunzierte den armen Teufel seinem Arbeitgeber, der ... den eben erst angenommenen Arbeiter entließ. Der mußte jetzt ... aufs neue ... zum Wanderstab greifen. Für Männer in fortgeschrittenen Jahren ein hartes Los.

... Durch die Verfolgung aufs äußerste verbittert, zogen sie von Stadt zu Stadt, suchten überall die Parteigenossen auf, die sie mit offenen Armen aufnahmen, und übertrugen jetzt ihren Zorn und ihre Verbitterung auf ihre Gastgeber, die sie zum Zusammenschluß und zum Handeln anfeuerten. Dadurch wurde eine Menge ... geheimer Verbindungen geschaffen, die ohne Agitation der Ausgewiesenen kaum entstanden wären.<<

Ein Zeitzeuge berichtet im Jahre 1878 über Bismarcks Einstellung zum Parlament (x176/204):

>>... Im übrigen, das sagte er wohl dreimal, sei ihm das Fraktionswesen, konservativ oder liberal, völlig gleichgültig, heute mehr denn je; er gehe seinen Weg; wer mit ihm gehe, sei sein Freund, wer wider ihn gehe, sein Feind – bis zur Vernichtung.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet damals über den "Sozialismus" (x815/55,58-59): >>Sozialismus, nach dem in der Wissenschaft noch heute üblichsten, auch in der deutschen Gesetzgebung und im großen Publikum herrschenden Sprachgebrauch die Bezeichnung für eine bestimmte Richtung, ein bestimmtes System zur Lösung der Arbeiterfrage.

Dieser Sozialismus unterscheidet sich scharf von dem Kommunismus, obschon er mit demselben manche Grundanschauungen teilt, namentlich den Glauben an die unbedingte Lösung dieser Frage, die ausschließliche Zurückführung der für sie in Betracht kommenden Übelstände auf verkehrte menschliche Einrichtungen und die Forderung einer gänzlichen Umgestaltung des Wirtschaftsorganismus, der Rechtsordnung und des Staatswesens der Kulturvölker, nach welcher unter Beseitigung der individuellen wirtschaftlichen Freiheit die Gesamtheit die Verantwortlichkeit und Sorge für die ökonomische und soziale Lage der Einzelnen zu übernehmen habe.

Die ihm eigentümlichen, von allen anderen sozialpolitischen Richtungen verschiedenen An-



schauungen und praktischen Forderungen haben sich erst allmählich in der Geschichte des Sozialismus klarer und schärfer herausgebildet. Dieselben sind heute folgende: der Kernpunkt der sozialen Frage ist ihm die ungerechte Verteilung der Güter, und diese führt er vorzugsweise auf die Einrichtung des privaten Grundeigentums und Erbrechts und auf die freie individualistische und kapitalistische Produktionsweise mit der Trennung von Unternehmern und Lohnarbeitern, mit dem Eigentum der ersteren an den Produktionsmitteln und der Herrschaft des "ehernen Lohngesetzes" über die letzteren zurück.

Er vertritt die falsche Ansicht der älteren englischen Nationalökonomien, daß allein die Arbeit Werte erzeuge, und behauptet, daß infolge jener Ursachen die bisherige Vermögensbildung und die heutige Verteilung der neu produzierten Güter auf einer Ausbeutung der Lohnarbeiter durch Unternehmer, Grundeigentümer und Kapitalisten, mit anderen Worten der Nichtbesitzenden durch die besitzende Klasse beruhe.

Diese ungerechte Verteilung ist ihm die wesentliche Ursache des Proletariats und aller anderen Übelstände in den unteren Volksklassen. Beseitigung dieser Übelstände erwartet er nicht wie der Kommunismus von der völligen Gleichheit aller, aber doch von einer sehr starken Ausglei chung der ökonomischen und sozialen Unterschiede und von einer gesellschaftlichen Verfassung, in welcher allein die Arbeit einen Anspruch auf Einkommen und Vermögen gibt. Das Einkommen soll nur noch Arbeitsertrag sein.

Bekämpft wird deshalb das private Grundeigentum, das Erbrecht und die Kapitalrente (Kapitalzins und Kapitalgewinn). Jene beiden Rechtsinstitutionen sollen durch Gesetz, diese Einkommensart soll durch eine neue Organisation der Produktion: die sozialistisch-genossenschaftliche ("kollektivistische") Produktionsweise, abgeschafft werden.

Das Wesen dieser besteht darin, daß nur noch in genossenschaftlichen Kollektivunternehmungen in planmäßiger Regelung (Beseitigung der Lohnarbeit und soziale Organisation der Arbeit) produziert wird, in welchen das Eigentum an den Produktionsmitteln (Grundstücken und Kapitalien) Kollektiveigentum der Gesellschaft ist und der Ertrag nur an die Arbeiter und gerecht verteilt wird (Beseitigung des Einkommens aus Kapital und Grundstücken und des "ehernen Lohngesetzes").

Diese Umwandlung der bisherigen Produktionsweise in die sozialistische und die planmäßige Regelung der letzteren soll durch den Staat geschehen. ...<<

>>... In der Geschichte der sozialistischen Agitation ist die Phase des friedlichen, doktrinären Sozialismus und die des gewaltsamen, praktischen Sozialismus zu unterscheiden. ...

Neue sozialistische Systeme und Forderungen werden aufgestellt nicht mehr als wissenschaftliche Theorien, sondern als Programme praktischer Agitationsparteien.

Die Vertreter derselben wenden sich nun mit ihren Lehren direkt an die unteren Volksklassen, um sie zum Sozialismus zu bekehren und für dessen Durchführung zu gewinnen; sie werden Arbeiteragitatoren.

Ein Hauptmittel ihrer Agitation wird es, bei den unteren Klassen die Gefühle der Erbitterung und des Hasses nicht bloß gegen die bestehenden Zustände des öffentlichen Lebens, sondern auch gegen die Träger der Staatsgewalt und gegen die besitzenden Klassen zu erzeugen.

Das ökonomische sozialistische Programm wurde hiermit ein radikaleres, und da es durch den Staat verwirklicht werden sollte, wurde die Bewegung eine politische.

Da man sich sagen mußte, daß die bestehenden Staaten die sozialistischen Wünsche nicht erfüllen würden, wurde die Erlangung der Herrschaft im Staat für die Lohnarbeiterklasse in das Programm aufgenommen und das praktische Ziel. Die sozialistische Partei wurde eine sozialdemokratische.

Naturgemäß gesellten sich nun weitere politische Forderungen (betreffend die Verfassung des Staates, das Wahlrecht, das Gerichts-, Schul- und Militärwesen etc.) hinzu, und wie das ökonomische wurde auch das politische Programm, namentlich seit der Gründung der Internatio-

nalen Arbeiterassoziation, immer radikaler.

Man machte auch kein Hehl daraus, daß allein die Revolution der Sozialdemokratie zum Sieg verhelfen könne, und sprach es offen aus, daß man nicht zaudern würde, zu diesem Mittel zu greifen, wenn man nur die Möglichkeit des Gelingens sähe. Daher entstand nun eine Art der Agitation, die nur die Vorbereitung zur Revolution war. Und deshalb ist diese Partei auch die Gegnerin einer starken, mächtigen Staatsgewalt in den bestehenden Staaten, deshalb bekämpft sie vor allem das stehende Heer, deshalb ihre ausgesprochene Feindschaft gegen die Religion, nicht bloß gegen die Kirche.

Der ganze Charakter, den die Bewegung angenommen, zwang und zwingt die Staaten zu einem entschiedenen Vorgehen gegen dieselbe, wie es das Deutsche Reich in dem Gesetz vom 21. Oktober 1878 und andere Staaten in anderer Weise getan haben.

In neuester Zeit ist in der Sozialdemokratie eine noch radikalere Richtung in den Anarchisten hervorgetreten, die, ohne ein neues sozialistisches Programm aufzustellen, den sofortigen Umsturz alles Bestehenden mit allen nur möglichen Mitteln will, inzwischen aber die Beseitigung der Gegner durch Mord empfiehlt ...<<

Der "eiserne Reichskanzler" verliert später trotz des Sozialistengesetzes (Parteienverbot, Verbot von sozialistischen Zeitungen etc.) zwar den Kampf gegen die Sozialisten, weil er die verbissene Zähigkeit der Arbeiterbewegung unterschätzt, aber Bismarck kann mit Hilfe von fortschrittlichen Sozialgesetzen große Teile der Arbeiterschaft für das Deutsche Reich gewinnen.

Der evangelische Theologe Adolf Stoecker (1835-1909, 1874-89 Domprediger in Berlin, 1881-93 und 1898-1908 Mitglied des Reichstages) gründet im Jahre 1878 die "Christlichsoziale Partei", die sich vor allem gegen die Sozialdemokraten und das Judentum richtet (x199/-211): >>... Was mich trieb, war die Verzweiflung um mein armes Volk, daß ich in den Abgrund rollen sah, und die Liebe zu den Seelen, die ich retten wollte. ...

In Berlin ergriff mich das Bewußtsein der Notwendigkeit, daß etwas geschehen müsse, um das Volk vom Abgrund zurückzureißen. Ich fand, daß Leute, die zur Kirche hielten, mit denen ich in freundschaftlichen Beziehungen stand, dennoch mit der Sozialdemokratie stimmten, weil sie in dieser Partei die Vertretung der Arbeiterinteressen erblickten.

Da habe ich dann unter Gebet und Flehen den Entschluß gefaßt, mitten hinein in die Sozialdemokratie zu gehen, den wilden Stier bei den Hörnern zu fassen und mit demselben zu ringen. ...

Seit 15 Jahren ist das sozialistische Element der Köder, mit welchem die Arbeiter um ihren Glauben wie um ihren Patriotismus betrogen worden sind. Will man an ihre Herzen heran, so muß man die sozialen Dinge mit besprechen.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands von 1878-1886 (x804/907-910): >>(Deutschland) ... Als nun aber Rußland entgegen seinen Versprechungen durch den Frieden von San Stefano die englischen und die österreichischen Interessen im Orient auf das empfindlichste verletzte und besonders England dagegen den entschiedensten Einspruch erhob, fühlte sich Bismarck veranlaßt, die Vermittlung der streitenden Interessen zu übernehmen und zum 13. Juni 1878 den Berliner Kongreß zu berufen, welchem die auswärtigen Minister der Großmächte ... beiwohnten, und welchem Bismarck präsierte.

Es gelang, auf demselben eine gütliche Vereinbarung (im Berliner Frieden vom 13. Juli) herbeizuführen, indem Rußland wesentliche Änderungen am Vertrag von San Stefano zugab und Österreich die Besitzergreifung von Bosnien und der Herzegowina zugestanden wurde. Letzteres leistete Deutschland sofort einen Gegendienst, indem es am 11. Oktober auf den Art. 5 des Prager Friedens Verzicht leistete.

In Rußland freilich war die Entrüstung der Armee und der Panslawisten über die Zugeständnisse des Berliner Friedens um so größer ... Die Spannung zwischen Deutschland und dem östlichen Nachbar wurde 1879 immer bedenklicher; auch eine persönliche Zusammenkunft

des Kaisers Wilhelm mit dem russischen Kaiser in Alexandrowo vermochte ihre Ursachen nicht zu beseitigen, so daß Bismarck am 15. Oktober 1879, um für alle Fälle gerüstet zu sein, ein Schutz- und Trutzbündnis mit Österreich-Ungarn abschloß. ...

Nach der Erledigung des Sozialistengesetzes schritt Bismarck zur Verwirklichung der Steuer- und Wirtschaftsreform, für welche die Bildung der schutzzöllnerisch gesinnten "volkswirtschaftlichen Vereinigung" von 204 Mitgliedern des neuen Reichstages günstige Aussichten bot.

Auf Antrag Bismarcks ernannte der Bundesrat am 27. Dezember 1878 eine Tarifkommission, welche den Zolltarif nach dem Grundsatz allgemeiner Zollpflichtigkeit aller über die Grenze eingehenden Gegenstände revidieren und durch besondere Erhöhung einiger indirekter Abgaben sowohl die Reichseinnahmen vermehren, als Landwirtschaft und Industrie schützen sollte. ... Nach heftigen, fast leidenschaftlichen Debatten wurde das Zolltarifgesetz am 12. Juli mit 217 gegen 117 Stimmen angenommen. Außerdem genehmigte der Reichstag die neue Verfassung für Elsaß-Lothringen.

Die Schwenkung Bismarcks von den Nationalliberalen zum Zentrum hatte zur Folge, daß Hobrecht, Friedenthal und Falk aus dem preußischen Ministerium ausschieden und durch Konservative ersetzt wurden. Auch bei den Reichsbehörden traten Änderungen ein.

Das Reichskanzleramt wurde in ein Reichsamt des Inneren verwandelt und ein Reichsschatzamt neu errichtet. Der neue preußische Kultusminister, von Puttkamer, trat in Unterhandlungen mit der päpstlichen Kurie über die Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche und bereitete einige Milderungen der Maigesetze vor. Gleichwohl gab das Zentrum seine oppositionelle Haltung keineswegs auf.

Die Militärnovelle, welche dem Reichstag am 12. Februar 1880 vorgelegt wurde, und durch welche die Friedenspräsenzstärke für weitere sieben Jahre (1881-88) auf 427.000 Mann erhöht wurde, was eine jährliche Mehrausgabe von 17 Millionen, eine einmalige von 27 Millionen beanspruchte, wurde von den Ultramontanen bekämpft und nur mit Hilfe der Nationalliberalen am 16. April mit 186 gegen 128 Stimmen durchgesetzt.

Auch die Verlängerung des Sozialistengesetzes bis zum 30. September 1884 lehnte das Zentrum mit Ausnahme von zwölf Mitgliedern ab; dieselbe wurde nur durch die Vereinigung der Nationalliberalen mit den Konservativen genehmigt.

Ebenso verweigerten die Ultramontanen der Samoavorlage ihre Zustimmung, und da der freihändlerische Teil der Nationalliberalen sich ihnen anschloß, fiel die Vorlage am 27. April, infolgedessen Bismarck weitere Kolonialprojekte vorläufig aufgab.

Der Bund des Zentrums mit den Konservativen betätigte sich nur in der Annahme eines Wuchergesetzes und einer Novelle zum Gewerbegesetz, welche die Gewerbefreiheit in manchen Punkten beschränkte. Der Reichskanzler sagte daher in einer merkwürdigen Rede am 8. Mai 1880 dem Zentrum die Freundschaft wieder auf.

Die Reichstagssession von 1881, welche am 15. Februar begann, erledigte hauptsächlich nur das Budget. Weitere Gesetzentwürfe über die Einführung von zweijährigen Etatperioden und vierjährigen Legislaturperioden über die Erhöhung der Brausteuer und eine Wehrsteuer wurden abgelehnt; nur eine Börsensteuer wurde genehmigt. Das Unfallversicherungsgesetz wurde am 15. Juni in einer Fassung angenommen, welche der Bundesrat ablehnte.

Angesichts der verworrenen Verhältnisse zwischen dem Reichskanzler und dem Reichstag war es kein Wunder, wenn bei den Neuwahlen zum Reichstag am 27. Oktober 1881 die regierungsfreundlichen Mittelparteien Verluste erlitten und die Opposition, welche auf das vom Reichskanzler angekündigte Tabakmonopol als ein drohendes Gespenst hinweisen konnte, sich verstärkte.

Die Nationalliberalen, von denen sich 1880 die Freihändler als liberale Vereinigung (Sezessionisten) getrennt hatten, sanken auf 47, die Reichspartei auf 25 Mitglieder herab. Sezession-

nisten, Fortschrittler und Demokraten zählten 110, Ultramontane, Welfen, Polen und Elsässer 138 Stimmen. Der Reichskanzler konnte nun auf gar keine sichere Majorität mehr rechnen.

Um dennoch für seine Pläne die Zustimmung des Reichstages zu gewinnen, eröffnete er den neuen Reichstag am 17. November mit der Verlesung einer kaiserlichen Botschaft, welche demselben die Unterstützung der sozialen Reform durch Unfallversicherung, Krankenkassen, Alters- und Invalidenversorgung dringend ans Herz legte und zur Beschaffung der nötigen Mittel die Einführung des Tabakmonopols anempfahl.

In seiner ersten ordentlichen Session erledigte der Reichstag indes nur das Budget und genehmigte den Vertrag über den Zollanschluß Hamburgs. ... Die Frage des Tabakmonopols wurde erst in der außerordentlichen Session im Frühjahr 1882 verhandelt.

Die Abneigung gegen dasselbe war aber so allgemein und so stark, daß, obwohl die Reichsregierung den Ertrag desselben auf 165 Millionen (118 Millionen mehr, als die Tabaksteuer einbrachte) angab, selbst im Bundesrat 22 Stimmen gegen dasselbe waren, mehrere Landtage sich dagegen erklärten und sogar der von der preußischen Regierung berufene Volkswirtschaftsrat es ablehnte. Im Reichstag trat keine Partei geschlossen für dasselbe ein, und es wurde am 14. Juni mit der erdrückenden Majorität von 276 gegen 43 Stimmen verworfen.

Das Unfallversicherungs- und Krankenkassengesetz blieben in den Kommissionen unerledigt, und deren Arbeiten rückten auch in der Session von 1883 nicht vorwärts.

Eine kaiserliche Botschaft vom 14. April 1883 mahnte den Reichstag zur baldigsten Beschlußfassung über die beiden dringend notwendigen Gesetze, und um dieselbe wenigstens für die nächste Session sicher zu ermöglichen, wurde der Reichstag aufgefordert, schon jetzt den Etat für 1884/85 ... zu beraten. Diesen Wunsch erfüllte der Reichstag und brachte auch das Krankenkassengesetz zum Abschluß. Über die Grundsätze der Unfallversicherung konnten die Parteien sich aber 1883 noch nicht einigen. Erst in der Frühjahrsession 1884 wurde das Unfallversicherungsgesetz zustande gebracht, ebenso ein neues Aktiengesetz.

Beides gelang, weil das Zentrum mit den Konservativen und Nationalliberalen dafür stimmte. Dagegen schien die Verlängerung des Sozialistengesetzes keine Aussicht auf Genehmigung zu haben, weil außer dem Zentrum und seinen Trabanten, den Polen, Elsässern und Welfen, auch die neue deutschfreisinnige Partei (104 Mitglieder) sich gegen alle Ausnahme Gesetze erklärt hatte.

Diese Partei war aus der Fusion der Sezessionisten mit der Fortschrittspartei (5. März 1884) hervorgegangen und hatte sich die Bildung einer großen liberalen Partei zum Ziel gesetzt; doch hatte von Anfang an die einseitig oppositionelle Richtung Eugen Richters das Übergewicht, und frühere Nationalliberale, wie Bamberger und Rickert, bekämpften die Regierung mit besonderer Schärfe.

Die Verlängerung des Sozialistengesetzes wurde zwar doch bewilligt, weil ein Teil des Zentrums und der Deutschfreisinnigen aus Furcht vor einer Auflösung des Reichstages dafür stimmte. Beide Parteien hielten sich aber dann schadlos, indem sie die Annahme der Dampfervorlage in dieser Session vereitelten.

Der Reichskanzler glaubte nämlich 1884 den Zeitpunkt gekommen, um eine neue Bahn deutscher Machtentwicklung zu betreten. Das deutsch-österreichische Bündnis vom 15. Oktober 1879, 1883 erneuert, hatte sich als ein Hort der Interessen beider Mächte wie des europäischen Friedens bewährt. Italien und Rumänien hatten sich ihm angeschlossen, und auch Rußland hatte sich den beiden Kaisermächten wieder genähert.

Im September 1884 fand eine zweite Dreikaiserzusammenkunft ... statt, welche die Wiederherstellung der alten Allianz der Welt offen kundtat. Ja, trotz mancher Ausschreitungen der französischen Revanchepartei hatte sich auch Frankreich Deutschland genähert, da ihm wegen seiner kolonialen Unternehmungen die Aufrechthaltung des Friedens in Europa erwünscht war und es für seine Interessen in Ägypten in Deutschland eine Stütze fand.

England dagegen hatte sich unter Gladstones Ministerium durch seine Politik in Ägypten die Mächte entfremdet und sich so isoliert, daß Bismarck von da keinen wirksamen Widerspruch gegen seine Kolonialpläne befürchten zu müssen glaubte.

Wie er durch den neuen Zolltarif die Landwirtschaft und die Industrie in Deutschland geschützt und gefördert hatte, so wollte er auch die überseeischen Unternehmungen deutscher Kaufleute unter den Schutz des Reiches stellen und ihnen hierdurch eine selbständige Entwicklung ermöglichen. Eine erobernde Kolonialpolitik des Reiches selbst lag ihm durchaus fern, wie er am 26. Juni im Reichstag erklärte.

Den ersten Anlaß, eine überseeische Ansiedelung unter den Schutz der deutschen Reichsflagge zu stellen, bot die Handelsniederlassung des Bremer Hauses Lüderitz in Angra Pequena (Südwestafrika). Außerdem aber beabsichtigte der Reichskanzler, durch Subvention von Schnelldampferlinien den deutschen Handel in Asien und Australien zu begünstigen.

Die Vorlage hierüber wurde aber von den deutschfreisinnigen Freihändlern heftig bekämpft und in eine Kommission verwiesen, welche sie vor Schluß der Session nicht mehr erledigen konnte.

Im Oktober 1884 fanden die Neuwahlen für den Reichstag statt, bei welchen die Deutschfreisinnigen eine schwere Niederlage erlitten, weil ihr Verhalten gegen den Reichskanzler und seine neuen Pläne in weiten Kreisen mißbilligt wurde. Sie retteten beim ersten Wahlgang nur ein Drittel ihrer bisherigen Abgeordnetenzahl und stiegen erst bei den Stichwahlen durch die Hilfe der Ultramontanen und Sozialdemokraten, denen sie gegen die Nationalliberalen anderswo Gegendienste leisteten, auf 63 Stimmen.

Die Sozialdemokraten wuchsen von 10 auf 24, Zentrum, Polen und Elsässer behielten ihre Mitgliederzahl, so daß die Oppositionsparteien, die Demokraten eingeschlossen, 234 Stimmen zählten. Wenn ihre Zahl auch um etwa 30 verringert war, so hatten die der Regierung freundlichen Parteien (Deutschkonservative, Reichspartei und Nationalliberale) doch nur 160 Stimmen, also bei weitem nicht die Majorität.

Namentlich war es den Nationalliberalen trotz ihrer Reorganisation auf dem Heidelberger Parteitag (23. März 1884) nicht gelungen, mehr als 53 Mandate zu erringen, da sie überall auf die Koalition der Ultramontanen, Deutschfreisinnigen und Sozialdemokraten stießen.

Die oppositionelle Mehrheit ließ den Reichskanzler in der ersten Session des neuen Reichstages, welche am 20. November eröffnet wurde, ihre Macht sofort empfinden, indem sie am 15. Dezember 20.000 Mark für einen neuen Direktor im Auswärtigen Amt trotz Bismarcks persönlicher Befürwortung ablehnte.

Indes über diesen Beschluß erhob sich ein solcher Sturm der Entrüstung, daß die Deutschfreisinnigen und Ultramontanen, um einer Reichstagsauflösung vorzubeugen, ihre schroff negative Haltung nicht fortzusetzen wagten. Dazu kam, daß der Reichskanzler, durch eine Kur ... gekräftigt, wiederholt mit seiner wirksamsten Beredsamkeit eintrat und durch die Veröffentlichung der "Weißbücher" bewies, daß er auch die Kolonialpolitik mit derselben Meisterschaft leitete wie die europäische, wie denn der Zusammentritt der Kongokonferenz in Berlin zeigte, daß Deutschlands Einfluß auch in den überseeischen Angelegenheiten von den Mächten anerkannt wurde.

England hatte seinen Versuch, den deutschen Ansiedelungen an der Westküste Afrikas entgegenzutreten, aufgeben müssen. Außer dem Küstenstrich vom Kap Frio bis zum Oranje wurden hier noch Kamerun und Togoland an der Guineaküste von Deutschland in Besitz genommen; in Kamerun kam es im Dezember 1884 zu einem blutigen Zusammenstoß deutscher Kriegsschiffe mit den von Engländern aufgehetzten Negern.

Die Mittel für die Verwaltungseinrichtungen in den afrikanischen Kolonien wurden vom Reichstag 1885 bewilligt, ebenso mit Streichung der westafrikanischen Linie das Dampferunterstützungsgesetz, der neue Direktorposten und einige neue Konsulate. Ein neuer Zolltarif,

welcher die industriellen und besonders die landwirtschaftlichen Zölle erheblich erhöhte, gelangte durch die Hilfe des Zentrums zur Annahme. Auch wurden ein Börsensteuergesetz und der Zollanschluß Bremens genehmigt, so daß trotz der ungünstigen Parteiverhältnisse die Reichsregierung mit den Ergebnissen der am 15. Mai 1885 geschlossenen Session zufrieden sein konnte.

Sie fühlte sich hierdurch ermutigt, auf der Bahn der Kolonialpolitik fortzuschreiten. Nachdem sie sich mit England über die Teilung des östlichen Neuguinea dahin verständigt hatte, daß der Norden nebst den Inselgruppen Neubritannien und Neuirland (Bismarck-Archipel) an Deutschland fallen sollte, nahm sie auch an der Ostseite Afrikas die Erwerbungen einer deutschen ostafrikanischen Gesellschaft in Usagara unter ihren Schutz und erlangte nicht nur die Zustimmung des Sultans von Sansibar zu diesen Erwerbungen, sondern schloß auch mit demselben einen neuen Handelsvertrag ab.

Als im August 1885 zum Schutz der deutschen Niederlassungen auf den Karolinen daselbst die deutsche Flagge gehißt wurde, reizte dies die Spanier, welche die Inselgruppe ... (zu) Unrecht als ihr Eigentum ansahen, zu einigen Exzessen gegen die deutsche Gesandtschaft in Madrid und zu einem Protest gegen die deutsche Okkupation. Bismarck rief die Vermittlung des Papstes Leo XIII. an, und dieser schlichtete den Streit dahin, daß das moralische Anrecht der Spanier anerkannt, Deutschland aber völlige Handelsfreiheit und die Befugnis, Stationen anzulegen, zugesprochen wurden.

Statt der Karolinen nahm Deutschland 1886 darauf die Marshallinseln in Besitz. Über die Abgrenzung der westafrikanischen Besitzungen wurden mit England und Frankreich Verträge abgeschlossen.

Die neue Session des Reichstages wurde am 19. November 1885 ... mit der Verlesung einer kaiserlichen Thronrede eröffnet. Gleich zu Anfang der Beratungen kam es aus Anlaß der unberechtigten Beschwerden der Ultramontanen über die Nichtzulassung französischer Jesuiten in den deutschen Kolonien zu einem heftigen Zusammenstoß des Fürsten Bismarck mit den Führern des Zentrums. Die letzteren rächten sich für die entschiedene Absage die ihnen von seiten des Reichskanzlers zuteil wurde, dadurch, daß sie sich mit den Deutschfreisinnigen, Sozialisten, Welfen, Elsässern und Polen zu einem Angriff auf die gegen die polnische Einwanderung in den östlichen Provinzen Preußens ergriffenen Maßregeln vereinigten.

Die zuerst in der Polenfrage eingebrachte Interpellation (Anfrage im Parlament an die Regierung) wurde am 1. Dezember durch eine kaiserliche Botschaft als ein Eingriff in innere Angelegenheiten Preußens zurückgewiesen.

Darauf beschloß die oppositionelle Mehrheit im Januar 1886 nach dreitägigen Debatten ein Tadelsvotum über die Ausweisungen, dessen Wirkung indes durch die darauf folgenden Erklärungen und Beschlüsse im preußischen Landtag erheblich abgeschwächt wurde. Der Reichshaushaltsetat wurde mit einigen Abstrichen im Militär- und Marineetat genehmigt. Ebenso wurden die Mittel für die Anlegung eines Nord-Ostseekanals bewilligt.

Andere Vorschläge der Reichsregierung über die Rechtspflege in den überseeischen Gebieten, über eine Reform der Zuckersteuer, über die Ausdehnung der Unfallversicherung etc. wurden an Ausschüsse verwiesen. Dasselbe geschah auch mit dem Gesetzentwurf über die Einführung eines Branntweinmonopols, den der Bundesrat auf Antrag Preußens genehmigt hatte, der aber im Reichstag schon bei der ersten Lesung am 4. März fast von allen Parteien so entschieden bekämpft wurde, daß die Ablehnung desselben wahrscheinlich war, wenn auch die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer höheren Branntweinbesteuerung von den meisten anerkannt wurde. ...<<

**Österreich-Ungarn:** Angesichts der gefährlichen Entwicklung, die sich überall in Ost-Mitteleuropa ausbreitet, fordert der radikale österreichische Führer der Altdeutschen Partei, Georg von Schönerer (1842-1921, antisemitischer Politiker, der später auch den jungen Hitler

entscheidend beeinflusst) im Jahre 1878 einen engeren Anschluß zum Deutschen Reich ("Los-von-Rom-Bewegung").

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Georg Ritter von Schönerer (x051/520): >>Schönerer, Georg Ritter von, geboren in Wien 17.7.1842, gestorben in Rose-nau (Niederösterreich) 14.12.1921, österreichischer Politiker; Schul- und Studienjahre in Deutschland, 1873-88 Abgeordneter des Waldviertels im Wiener Reichsrat.

Schönerer vertrat anfangs liberale Positionen, wandelte sich aber bald zum Deutschnationalen (Zeitschrift "Unverfälschte deutsche Worte", bis 1912) und Antisemiten, der zunehmend auch rassistisch argumentierte.

1882 formulierte er das Linzer Programm mit und entwickelte einen Germanenkult in Verehrung von R. Wagner. Als das "Neue Wiener Tageblatt" 1888 vorzeitig den Tod des geliebten deutschen Kaisers Wilhelm I. meldete, ließ sich Schönerer zu einem Überfall auf die Redaktion hinreißen, wurde zu vier Monaten Kerker verurteilt und verlor Mandat und Adelstitel.

1897-1907 war er erneut im Reichsrat, dieses Mal für Eger, und profilierte sich als "Kämpfer für Alldeutschland". Schönerer konvertierte wegen der angeblich slawenfreundlichen Haltung des katholischen Klerus zum Protestantismus und gründete eine Los-von-Rom-Bewegung. Nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts wurde der persönlich schwierige Eiferer nicht wiedergewählt, hatte aber weiter bedeutenden Einfluß auf die völkische und antisemitische Ideologie.

Hitler bezog sich in "Mein Kampf" ausdrücklich auf Schönerer, an dem er nur kritisierte, daß er die Arbeiterfrage nicht richtig eingeschätzt habe.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Österreichs von 1878-1882 (x812/528-530): >>(Österreich) ... Im Februar 1878 forderte Andrassy von den Delegationen eine Anleihe von 60 Millionen Gulden, durch welche die Mittel für eine eventuelle kriegerische Aktion bereit gestellt wurden, und angesichts des Friedens von San Stefano, der die österreichischen Besorgnisse steigerte, wurde sie bewilligt.

Auf dem Berliner Kongreß vertrat Andrassy selbst nebst Graf Károlyi und Baron Haymerle die Interessen Österreich-Ungarns und erlangte am 29. Juni die Bestätigung des ihm schon von Rußland gemachten Zugeständnisses, Bosnien und die Herzegowina besetzen und in Verwaltung nehmen zu dürfen. Doch wurde im Berliner Frieden vom 13. Juli über die Modalitäten der Okkupation und Verwaltung eine besondere Konvention zwischen Österreich und der Pforte vorbehalten.

Da sich der Abschluß derselben verzögerte, weil der Sultan auf dem Vorbehalt seiner Souveränität bestand, so rückten die Österreicher ohne Konvention als "Freunde", wie die Proklamation besagte, am 29. Juli mit drei Divisionen unter General Philippovich in Bosnien und der Herzegowina ein, im Vertrauen darauf, daß weder die Behörden noch die Bevölkerung irgendwelchen Widerstand leisten würden.

Dies erwies sich jedoch als verhängnisvoller Irrtum.

In Sarajewo brach bei der Kunde vom Einmarsch ein Aufstand der mohammedanischen Bevölkerung aus, die türkischen Behörden wurden beseitigt, und ein kühner Abenteurer, Hadschi Loja, stellte sich an die Spitze der Empörer und rief alle Bewohner Bosniens zu energischem Widerstand gegen die fremden Eroberer auf. Die Österreicher stießen daher auf hartnäckigen Widerstand, den sie erst nach Aufbietung sehr bedeutender Streitkräfte (drei Armeekorps) und teilweise unglücklichen, verlustreichen Gefechten überwinden konnten. Sarajewo wurde am 19. August erstürmt und bis Ende September beide Provinzen besetzt.

Mit der Pforte wurde am 21. April 1879 eine Konvention abgeschlossen, in welcher jene die Okkupation Bosniens und der Herzegowina sowie des Sandschaks (Bezirk) Novi Pazar so lange anerkannte, bis sie die Kosten derselben zurückerstattet habe, aber sich die Souveränität vorbehielt. Die neuen Provinzen wurden dem gemeinsamen Zollgebiet einverleibt und ihre

Verwaltung dem Reichsfinanzminister übertragen.

Die bedeutenden Opfer und Kosten (62 Millionen) der Okkupation riefen sowohl in Österreich als in Ungarn große Unzufriedenheit hervor. Aber während die Magyaren, dem Rat Tiszas folgend, ihre Mißstimmung unterdrückten und die Kosten und Einrichtungen der Okkupation genehmigten, um sich die Gunst des kaiserlichen Hofes und die Zustimmung zur nationalen Organisation ihres Staates zu sichern, griffen die Führer der Verfassungspartei, Herbst und Giskra, sowohl in der Presse als im Reichsrat die Regierung wegen ihrer Orientpolitik aufs heftigste an, fanden die Okkupation im Auftrag Europas unwürdig und einen Krieg mit Rußland vorzuziehen. Sie erschütterten hierdurch die Stellung des Ministeriums Auersperg so, daß dieses seine Entlassung forderte, die der Kaiser am 6. Oktober 1878 annahm.

Noch wünschte der Kaiser keinen Systemwechsel und beauftragte daher den bisherigen Finanzminister, von Pretis, mit der Bildung eines neuen ... Kabinetts. Da Pretis die Okkupation aber nicht ungeschehen machen konnte und wollte, fand sein Programm keine Gnade vor den Augen der Liberalen, und er verzichtete auf das Ministerium. Auersperg führte vorläufig die Regierung weiter. ...

Mitte Februar 1879 beauftragte der Kaiser den Grafen Taaffe mit der Bildung eines neuen Ministeriums ... Hierauf wurde am 22. Mai 1879 das Abgeordnetenhaus aufgelöst und Neuwahlen angeordnet. Bei diesen, welche im Juni und Juli stattfanden, verlor die Verfassungspartei infolge des Abfalls des mährischen und böhmischen Großgrundbesitzes 30 Sitze und sank auf 132 Mitglieder, während die Rechte und die Slawen 181 Mitglieder zählten. ...

Taaffe wurde am 12. August zum Ministerpräsidenten ernannt und berief den Ultramontanen Falkenhayn, den Polen Ziemialkowski und den Tschechen Prazak in das Kabinett, das hiermit in das föderalistische Fahrwasser einlenkte.

So endete die Herrschaft der österreichischen Verfassungspartei nach 12jähriger, nur kurze Zeit unterbrochene Dauer nicht ohne Schuld der Partei selbst, namentlich ihrer Führer Herbst und Giskra, welche dem aus ihrer Mitte hervorgegangenen Ministerium Auersperg aus doktrinärem Liberalismus unaufhörliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt und besonders durch die Opposition gegen den Ausgleich mit Ungarn und die vom Kaiser einmal gebilligte und durchgeführte Orientpolitik das Ansehen des Ministeriums bei der Krone und im Land geschwächt hatten.

Das neue Ministerium Taaffe gab sich ausdrücklich für ein Versöhnungsministerium aus und stellte auch den Liberalen den Eintritt von Vertretern ihrer Richtung in Aussicht. Indes die Mehrzahl der verfassungstreuen Abgeordneten wies sofort auf dem Linzer Parteitag im September 1879 jede Koalition mit dem Ministerium schroff zurück, während Graf Hohenwart die bisherige Opposition, die Rechtspartei (Feudale und Ultramontane), die Polen und die Tschechen, zu einer sehr gemäßigten regierungsfreundlichen Erklärung bewog und dadurch die Regierung für sich gewann. ...

Taaffe, dessen Plan einer Mittelpartei durch die schroffe Haltung der Deutschliberalen vereitelt wurde, sah sich dadurch zu Zugeständnissen an die Fraktionen der Rechten gedrängt, von denen die Tschechen schon völlige Gleichberechtigung des Tschechischen mit dem Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien forderten. ...

1880 erließ die Regierung für Böhmen, Mähren und Schlesien eine Sprachenverordnung, welche bestimmte, daß alle tschechischen Eingaben auch tschechisch beantwortet werden müßten; ferner wurden auf Staatskosten zahlreiche slawische Mittelschulen errichtet. Die Verfassungspartei, welche es versäumt hatte, die deutsche Sprache zur Staatssprache gesetzlich zu erklären, konnte nichts dagegen ausrichten.

Im Juni 1880 schieden auch die letzten ehemaligen Mitglieder der Verfassungspartei ... aus dem Ministerium, in welches dagegen eins der Häupter der Autonomistenpartei, der Pole Dunajewski, als Finanzminister eintrat.



In der auswärtigen Politik hatte sich 1879 ein wichtiger Akt vollzogen, nämlich der Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses mit dem Deutschen Reich, welches Bismarck und Andrassy am 7. Oktober zustande brachten, und welches vor allem gegen Rußlands Eroberungspolitik gerichtet war. Kurz darauf trat Andrassy zurück und wurde durch Haymerle ersetzt, der aber die Politik in demselben Sinn leitete und namentlich in den orientalischen Verwickelungen Hand in Hand mit Deutschland ging. Der enge Anschluß Serbiens an Österreich und die Annäherung Rumäniens waren die Früchte dieser Haltung.

Der Friede auf der Balkanhalbinsel wurde aufrecht erhalten und auch mit Italien, wo die Umtriebe der Italia Irredenta (politische Bewegung) gegen Österreich von dem Ministerium Cairoli nicht energisch genug unterdrückt worden waren, 1881 die guten Beziehungen hergestellt, indem König Humbert am Wiener Hof einen Besuch abstattete. ...

Trotz des freundschaftlichen Verhältnisses der gemeinschaftlichen Regierung zu Deutschland sah sich das ... Ministerium durch seine Abhängigkeit von der ultramontan-slawischen Mehrheit zu einer größeren Nachgiebigkeit gegen die slawischen Ansprüche auf Kosten des Deutschtums genötigt. Bei der Grundsteuerreform wurden die galizischen Polen in ungerechter Weise bevorzugt, die deutschen Kronlande übermäßig belastet. Zu Gunsten der Tschechen wurde die Teilung der Prager Universität in eine deutsche und eine tschechische 1882 beschlossen. Den Tiroler Ultramontanen zuliebe wurde die Schulpflicht abgekürzt.

Aller Widerstand der Linken, wiederholter Austritt aus der Versammlung und anderes waren nutzlos. Ebenso wenig hatte das Eintreten der Gerichte für die Deutschen in der Sprachenfrage und bei der Entscheidung der Gültigkeit der Wahlen eine Wirkung. Selbst die Sprüche des höchsten Reichsgerichtes ließen die Regierung und die Mehrheit des Abgeordnetenhauses unberücksichtigt. Seit Coroninis Rücktritt (1881), an dessen Stelle Smolka trat, war die Linke auch nicht mehr im Präsidium vertreten.

Besonders erregte Prazak, der 1881 Justizminister wurde, durch sein parteiisches Einschreiten gegen die deutsch gesinnte Presse und das Verbot aller deutschen Kundgebungen, während die slawischen ungehindert blieben, den Zorn der Deutschen aufs äußerste. Gegen die Brutalitäten des tschechischen Pöbels wurden die Deutschen nicht geschützt, vielmehr Beamte, die das versuchten, abgesetzt.

Die Gefahren, die dem deutschen Volkstum in Österreich unter dieser Regierung drohten, hatten auch bei den Deutschen ein schärferes Hervortreten des nationalen Gedankens zur Folge, wie das Programm bewies, das die aus den bisherigen beiden Klubs der Linken, den Liberalen und dem Fortschrittclub, gebildete "vereinigte Linke" am 19. November 1881 veröffentlichte; alle Versuche, eine neue Mittelpartei zu gründen, hatte dagegen nur geringen Erfolg.

Die klerikal-tschechische Mehrheit war um so mehr darauf bedacht, die Dauer ihrer Herrschaft zu sichern, und glaubte dies durch eine Wahlreform zu erreichen, welche in Städten und Marktflecken allen 5 Gulden Steuern zahlenden Einwohnern das Wahlrecht einräumte; dieselbe, ebenso eine Neueinteilung der böhmischen Wahlbezirke zu Gunsten der Tschechen, wurden 1882 beschlossen. Immer mehr Volksschulen wurden von den Tschechen und Slowenen den Deutschen entrissen, ja 1882 sogar in Wien eine tschechische Volksschule gegründet.

...<<

**Rußland, Osmanisches Reich, Europa:** Als die russischen Truppen im Jahre 1878 die türkischen Truppen besiegen und große Teile des Osmanischen Reiches besetzen sowie die übrigen Balkanstaaten bedrohen, schalten sich die europäischen Großmächte ein, denn sie wollen den Mittleren Osten und den Balkan nicht kampfflos an Rußland abgeben. England, Österreich-Ungarn und Frankreich protestieren und drohen Rußland mit Krieg.

Bismarck hält sich damals bewußt zurück (x145/149): >>... Die Balkanfrage ist mir nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert ...<<

Reichskanzler Bismarck versucht beim europäischen Kongreß in Berlin im Juni/Juli 1878 ei-

nen Ausgleich zu finden. Nach äußerst schwierigen Verhandlungen kann schließlich der drohende Krieg gegen Rußland verhindert werden.

Obleich Bismarck als "ehrlicher Makler" vermittelt, fühlt sich Rußland von den deutschen Verhandlungsführern benachteiligt. Das bisher entspannte, wohlwollende deutsch-russische Verhältnis ist nach dem Berliner Kongreß jedenfalls empfindlich gestört und es entwickelt sich allmählich eine verdeckte Feindschaft.

Der türkische Staat wird zwar dank der deutschen Fürsprache vor dem sicheren Untergang bewahrt, aber die Türken müssen große Gebiete abtreten, die teilweise seit Jahrhunderten unter türkischer Gewaltherrschaft standen. Die wirtschaftliche Schwäche des "kranken Mannes am Bosphorus" wird anschließend von den meisten europäischen Staaten ignoriert, denn an türkischen Reformen ist niemand interessiert.

Der Versuch, während des russisch-türkischen Krieges (1877/78) im Balkan vorzudringen, endet für Rußland enttäuschend. Rußland erhält lediglich Bessarabien und Teile Armeniens (Rumänien bekommt zum Ausgleich die Dobrudscha). Die russische Expansionspolitik richtet sich danach verstärkt gegen Asien (Persien und Afghanistan) und gegen den Fernen Osten (China und Japan). Rußland gibt seine strategischen Expansionsziele in Südosteuropa aber nicht auf, denn man fühlt sich angeblich weiterhin verpflichtet, die "slawischen Brüder" zu befreien.

Österreich-Ungarn übernimmt nach österreichisch-russischen Geheimverhandlungen Bosnien und Herzegowina. Obwohl die Habsburger vorerst nur das Recht bekommen, diese Gebiete zu verwalten, entfesselt die Gebietsübernahme nachhaltig den serbischen Nationalismus und führt schließlich 1914 zum Kriegsausbruch.

Großbritannien erhält Zypern.

Serbien (ab 1459 türkische Provinz, Königreich ab 1882) und Montenegro werden selbständig und erhalten ihre Unabhängigkeit.

Bulgarien muß Makedonien an das Osmanische Reich abtreten und verliert Ostrumelien (innere Autonomie).

Das Deutsche Reich, der sog. "ehrliche Makler", erhält nichts (außer der russischen Feindschaft).

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den "Berliner Kongreß" (x802/-766): >>Berliner Kongreß, die Versammlung von Vertretern der Großmächte Deutschland, Österreich, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland und Türkei, welche, von Österreich angeregt, auf Einladung der deutschen Reichsregierung am 13. Juni 1878 unter Vorsitz des Fürsten Bismarck in Berlin zusammentrat, um das im Frieden von San Stefano festgesetzte Ergebnis des russisch-türkischen Krieges zu prüfen und mit den Interessen Europas, besonders Englands und Österreichs, in Einklang zu bringen.

Das Ergebnis der Beratungen war der Berliner Friede vom 13. Juli 1878, der die Fürstentümer Rumänien, Serbien und Montenegro, letztere beiden erheblich vergrößert, für souverän erklärte, Bulgarien als ... (Vasallenstaat) und Ostrumelien als autonome Provinz von der Türkei abtrennte, Rußland Bessarabien und einen Teil Armeniens als neue Gebietserwerbungen zusprach, Österreich mit der Okkupation Bosniens und der Herzegowina beauftragte und Griechenland eine Erweiterung seiner Nordgrenze in Aussicht stellte.

Die Macht der Türkei in Europa und Asien wurde durch den Vertrag erheblich geschwächt, aber der Einfluß Rußlands zu Gunsten Österreichs eingeschränkt. ...<<

**Rumänien:** Der rumänische Dichter Naftali Herz Imber (1856-1909) verfaßt im Jahre 1878 den Text der späteren Nationalhymne Israels "Hatikvah" (x230/71):

>>Solange im Herzen darinnen

Ein jüdisches Fühlen noch taut,

Solang gen Südosten zu den Zinnen

Von Zion ein Auge noch schaut.  
Solang lebt die Hoffnung auf Erden,  
Die uns zweitausend Jahre verband,  
Daß ein Freivolk wir wieder werden  
In Zions, Jerusalems Land.<<

**Großbritannien:** Der britische Kolonialpolitiker Cecil Rhodes erläutert im Jahre 1878 die Bedeutung des Imperialismus (x073/3-4): >>... Wenn wir die Blicke auf unser bei weitem größeres Reich in Übersee und seine Bewohner richten, ... erweitern sich die Grenzen und die Maßstäbe. Es entsteht ein weiteres und edles Bild; der Geist verliert sich im Nachsinnen über das, was unter der wohlthätigen Herrschaft Großbritanniens steht. ...

Da sehen wir Völker; die um die Erreichung einer höheren Kulturstufe ringen, für die die Überwindung von Sklaverei nur der Vorgeschmack auf die weit höheren Werte von Freiheit und Fortschritt ist, die sie vielleicht einmal gewinnen werden. Wir sehen große Völkerschaften wie diejenigen Indiens, die wie Kinder im Schatten von Unwissen, Armut und Leiden sitzen und von uns Führung und Hilfe erwarten.

Uns ist die Aufgabe zugefallen, ihnen weise Gesetze, gute Regierung und ein geordnetes Finanzwesen zu geben, die erst das Fundament eines gedeihlichen Zusammenlebens schaffen. Unsere Aufgabe ist es, ihnen ein politisches System zu geben, in dem der Geringste wie der Höchste auf der gesellschaftlichen Stufenleiter frei von Unterdrückung und Benachteiligung leben kann, in dem religiöse und moralische Erleuchtung bis in die dunkelsten Hütten dringen kann. Das ist die wahrhaftige Erfüllung unserer Pflichten; das – und ich wiederhole es – ist die wahre Stärke und Bedeutung des Imperialismus.<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über den europäischen Imperialismus (x192/402-403): >>... Selbst in vormals unzulänglichen Regionen, wie Kenia oder Nigeria, konnten nun mit Hilfe der Bahn und moderner Bewässerungssysteme Plantagen angelegt werden, in denen mit großem Profit Tee, Kaffee, Baumwolle, Tabak, Sisal und Kakao angebaut wurden. Rückständige Gebiete dieser Art waren so lange nicht kolonisiert worden, wie die Weißen keine wirkungsvollen Mittel gegen die Tropenkrankheiten (vor allem Malaria) besaßen, was sich jedoch seit etwa 1830 änderte, als die Massenproduktion von Chinin einsetzte.

Alle Versuche, sich gegen die Europäer zur Wehr zu setzen, ob sie nun von den Zulus im Süden oder Moslems im Norden Afrikas ausgingen, wurden brutal niedergeschlagen. Gegen die Flinten und Maschinengewehre der Weißen war kaum etwas auszurichten.

Dieser Imperialismus war in Europa natürlich nichts Neues. Schließlich bestanden die alten Kolonialreiche (Spanien, Portugal, Niederlande, Frankreich und Großbritannien) schon seit 300 Jahren. Doch nach 1870 beflügelte die Jagd nach neuen Kolonien immer mehr die Phantasie der Europäer; Überseebesitzungen wurden zum Symbol nationaler Stärke.

Ihre Existenz wurde gelegentlich mit missionarischen Ideen gerechtfertigt (es sei "die Bürde des weißen Mannes", den unterworfenen Völkern Kultur und Aufklärung zu bringen), häufiger jedoch einfach als eine gottgegebene Belohnung für die Überlegenheit der eigenen Rasse betrachtet. So pflegte Cecil Rhodes, der reichste Mann im südlichen Afrika, zu seinen Freunden zu sagen, wer als Brite zur Welt komme, habe den ersten Preis in der Lotterie des Lebens gewonnen.

Doch auch als Belgier, Deutscher oder Franzose hatte man kein schlechteres Los. 1881 bemächtigte sich Leopold II., König der Belgier, des gesamten Kongobeckens und ließ es mit grausamsten Methoden als seinen Privatbesitz ausbeuten. Wenig später beanspruchte Deutschland in vier verschiedenen Gebieten (Togo, Kamerun, Deutsch-Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika) Territorien von über 2,5 Millionen qkm mit rund 14 Millionen Einwohnern, während Frankreich, das bereits 1830 in Algerien eingefallen war, um die Jahrhundert-

wende Madagaskar und den größeren Teil von West- und Nordafrika beherrschte – ein Gebiet von über 10 Millionen qkm mit einer Bevölkerung von 47 Millionen.

Andere Teile des Kontinents wurden von Italien, Spanien und Portugal beansprucht, so daß es 1914 kaum einen Fahnenmast in Afrika gab, von dem nicht eine europäische Fahne flatterte.

In Asien breiteten sich die Wellen des Imperialismus nicht weniger stürmisch aus. Nach 1820 begann das russische Zarenreich, gegen die moslemischen Khanate der asiatischen Steppe vorzugehen – Überreste aus den Zeiten Dschingis Khans und Tamerlans. Ein Reich nach dem anderen fiel – 1865 Taschkent, 1868 Samarkand und Buchara. 1884 Merw -, wodurch die russische Grenze bis zum Himalaya und zur Grenze Indiens vorgeschoben wurde.

Dort hatten die Briten nach ihrem Sieg über den Herrscher von Mysore und die Marathen-Konföderation ihre Macht durch Kriege (im Pandschab, in Afghanistan und Sind im Westen sowie in Burma im Osten) und durch die "Verfallsdoktrin", nach der Staatswesen ohne eindeutigen Thronfolger direkter britischer Herrschaft unterstellt wurden, beständig ausweiten können. ...<<

**USA:** US-General Crooke klagt im Juni 1878 in der Zeitschrift "Army und Navy Journal" über die unzureichende Lebensmittelversorgung der umgesiedelten Ureinwohner (x068/66):

>>... Da ist nichts für sie in diesem Lande: Der Bison ist dahingegangen, und Kaninchen gibt es nicht genug zu fangen. Was sollen sie tun? Der Hungertod starrt ihnen ins Gesicht.

Ich wundere mich nicht, daß diese Indianer zum Kriege schreiten, wenn sie ihre Frauen und Kinder hungern sehen und ihre letzten Hilfsquellen ihnen abgeschnitten sind. Und dann werden wir ausgeschiedt, um sie zu töten; es ist eine Schande!<<

Der Cheyenne-Häuptling Dull Knife, der mit seinem Stamm nach einer Flucht von tausend Meilen ins Reservat zurückkehren soll, erklärt 1878 im Fort Robinson/Nebraska (x068/63):

>>Wir wollen dort nicht wieder hin, das ist kein gesundes Land, und wenn wir dort bleiben müssen, werden wir alle sterben. Wir wollen nicht zurück und wir gehen nicht zurück. Ihr könnt mich hier töten, aber ihr könnt mich nicht dazu bringen zurückzugehen!<<

**Kuba:** Der kubanische Bürgerkrieg endet im Jahre 1878 mit dem Sieg der Spanier.

**Asien:** Großbritannien führt von 1878-1880 Krieg gegen Afghanistan und erobert Kandahar und Kabul.

**Afrika:** Henry Morton Stanley (1841-1904, britischer Afrikareisender, findet 1871 den verschollenen Livingstone, mit dem er die Suche nach den Nilquellen fortsetzt, erforscht danach das zentralafrikanische Seengebiet und das Kongobecken) notiert 1878 in seinem Notizbuch (x233/116): >>Als erster erforschte ich den Kongo und sollte nun der Welt als erster seine Bedeutung erweisen, friedliche Niederlassungen an seinen Ufern anlegen und sie in nationale Staaten umwandeln, in denen Gerechtigkeit, Gesetz und Ordnung herrschen und der grausame Sklavenhandel für immer aufhören sollte. ...<<

**Australien:** Der Schotte Peter Dodds McCormick (1834-1916) verfaßt um 1878 den Text der Hymne "Advance Australia Fair", seit 1974 Nationalhymne Australiens (x230/18):

>>Froh laßt uns jubeln, all ihr Australier,  
Denn wir sind jung und frei,  
Goldner Boden und Überfluß sind unsre ganze Mühe,  
Unsre Heimstatt umschließt das Meer,  
Unser Land ist reich an Gaben der Natur,  
Von kostbarer und erlesener Schönheit,  
Möge im Buch der Geschichte mit jedem Abschnitt,  
Das schöne, glückliche Australien weiter voranschreiten.  
Dann wollen wir zu frohen Klängen singen:  
Schreite voran, schönes, glückliches Australien.<<